

# CDU

## telegramm...telegramm...tele

### Polenvereinbarung

Resolution der CDU-Landtagsfraktion Hessen vom 6. November 1975

Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen über die Abgeltung angeblicher polnischer Rentenansprüche wird abgelehnt. Dafür sind folgende Gründe maßgebend:

1. Der Vertrag läßt das Schicksal von mindestens 160.000 weiteren Deutschen in Polen unerwähnt, die offensichtlich mit ihrem Ausreisewunsch von der Bundesregierung abgeschrieben werden sollen. Das widerspricht zutiefst dem humanitären Verständnis der CDU vom Recht auf Selbstbestimmung und freier Wahl der Heimat.
2. Polen hat bereits den Warschauer Vertrag mit der darin begründeten Verpflichtung, Deutsche aus Polen ausreisen zu lassen, nicht eingehalten.
3. Mit dem Rentenvertrag soll jetzt ein zweites Mal eine deutsche Vorleistung ohne jede Sicherheit erbracht werden.
4. Die Tatsache, daß die bislang gestellten Ausreisanträge nicht mehr gelten, sondern wiederholt werden sollen, läßt befürchten, daß Ausreisewillige von den polnischen Stellen unter Druck gesetzt werden.
5. Wenn man aus humanitären Gründen zur Erreichung der Ausreise von Deutschen aus Polen überhaupt Zahlungsverpflichtungen eingehen wollte, dürften Zahlungen nur Zug um Zug mit der Ausreise von Deutschen erfolgen.
6. Auch aus wirtschaftlichen Gründen ist eine Zahlung von insgesamt 2,3 Milliarden DM - davon ca. 1 Milliarde DM aus Mitteln der Rentenversicherung - unvertretbar, wenn keinerlei gesicherte Aussichten auf eine Gegenleistung bestehen. Außerdem ist die Abgeltung vermeintlicher Kriegsfolgelasten eine Verpflichtung der Allgemeinheit und nicht der Rentenversicherung. Die Bundesrepublik ist schließlich nicht verpflichtet, vermeintliche Kriegsfolgelasten allein ohne die Beteiligung der "DDR" oder Österreichs zu tragen.
7. Schließlich ist zu befürchten, daß aufgrund des verdeckten Reparationscharakters dieser deutschen Zahlungen an Polen auch andere Ostblockstaaten mit ähnlichen Forderungen an die Bundesrepublik Deutschland herantreten werden, die wirtschaftlich unerfüllbar sind.

Die Bundestagsfraktion und die Länderregierungen der CDU/CSU werden aufgefordert, der Ratifizierung des Polenvertrages nicht zuzustimmen.

07-001:7531-10